Stand: 12.07.2025 18:18:28

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/25382

"Die Staatsregierung muss bei der U9 die Weichen richtig stellen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/25382 vom 30.11.2022
2. Beschluss des Plenums 18/25479 vom 01.12.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 128 vom 01.12.2022

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 30.11.2022 **Drucksache** 18/**25382**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Die Staatsregierung muss bei der U9 die Weichen richtig stellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das Projekt U-Bahn-Linie U9 in das GVFG-Bundesprogramm (GVFG = Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) anzumelden und in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) eine Nutzen-Kosten-Untersuchung (NKU) nach dem Verfahren der Standardisierten Bewertung für die Münchner U-Bahn-Linie U9 auf den Weg zu bringen, da diese die Voraussetzung für die Förderfähigkeit des Bundes ist.

Weiterhin wird die Staatsregierung aufgefordert, gemeinsam mit der Landeshauptstadt München endlich aktiv zu werden, für Fakten zu sorgen und das Vorhaben nicht weiter zu verschleppen.

Begründung:

Entsprechend der föderalen Struktur in Deutschland liegt die Zuständigkeit für Planung, Organisation und Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bei den Ländern und Kommunen.

Der Bund unterstützt die Länder bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben vielfältig in finanzieller Hinsicht, unter anderem über das GVFG. Infrastrukturmaßnahmen der Schienen werden somit vom Bund zwar gefördert, aber nicht gänzlich finanziert. Grundsätzlich zuständig ist hierfür das jeweilige Bundesland. Demzufolge gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen für Investitionen in die Infrastruktur des ÖPNV zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden. Für Investitionsvorhaben, die aus den Finanzhilfen gefördert werden sollen, wird das GVFG-Bundesprogramm für den Zeitraum der jeweiligen Finanzplanung aufgrund von Vorschlägen der Länder und im Benehmen mit ihnen aufgestellt sowie jährlich der Entwicklung angepasst und fortgeführt. In das GVFG-Bundesprogramm dürfen Vorhaben nur aufgenommen werden, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen der Förderung vorliegen oder voraussichtlich im Zeitpunkt der Förderung vorliegen werden. Dementsprechend werden die Vorhaben des GVFG-Bundesprogramms in unterschiedliche Kategorien aufgeteilt – endgültig, vorläufig und bedingt aufgenommen.

Nur die endgültige Aufnahme eines Vorhabens in das GVFG-Bundesprogramm geht mit der Zusage einer anteiligen Finanzierung seitens des Bundes einher. Dies setzt den Nachweis der Gesamtwirtschaftlichkeit des Vorhabens, die Vorlage eines vom Land geprüften Finanzierungsantrages und die Sicherstellung der Gesamtfinanzierung des Vorhabens durch das Land, die Kommune bzw. den Vorhabenträger voraus. Die wesentliche Voraussetzung für die endgültige Aufnahme eines Einzelvorhabens in das GVFG-Bundesprogramms ist der Nachweis der gesamtwirtschaftlichen Sinnfälligkeit. Für die von den Ländern vorgeschlagenen Vorhaben erfolgt der Nachweis auf der Grundlage des bundesweit einheitlichen Verfahrens der Standardisierten Bewertung, welches nach einem etablierten Schema in Abstimmung mit dem Bund abläuft.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bisher ist für die U-Bahn-Linie U9 noch keine Standardisierte Bewertung in Abstimmung mit dem BMDV erfolgt. Dies ist jedoch die Voraussetzung für eine mögliche Förderfähigkeit des Vorhabens. Ohne Aufnahme in das GVFG-Bundesprogramm und einer Standardisierten Bewertung kann der Bund nicht aktiv werden. Die Initiative hierfür muss vom Freistaat Bayern ausgehen.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 01.12.2022 **Drucksache** 18/**25479**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**
Drs. 18/**25382**

Die Staatsregierung muss bei der U9 die Weichen richtig stellen

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Dr. Wolfgang Heubisch
VI. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Sebastian Körber
Abg. Jochen Kohler
Abg. Stephanie Schuhknecht
Abg. Hans Friedl
Abg. Uli Henkel
Abg. Florian von Brunn
Staatsminister Christian Bernreiter

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe nun zur Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Die Staatsregierung muss bei der U9 die Weichen richtig stellen (Drs. 18/25382)

(Unruhe)

Ich bitte um etwas Ruhe im Sitzungssaal. Unterhaltungen mögen bitte draußen fortgeführt werden. – Dann eröffne ich die Aussprache und erteile dem Kollegen Sebastian Körber von der FDP-Fraktion das Wort.

Sebastian Körber (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Münchner Stadtrat hat gestern in seiner Vollversammlung ein klares Bekenntnis zur U9 abgegeben. Das zeigt mir, dass Infrastrukturgroßprojekte in Bayern noch auf den Weg gebracht werden können. Verabschiedet wurde aber eine Blackbox. Es gibt zwar Schätzungen, was das Gesamtvorhaben der U9 kosten könnte – der Kämmerer der Stadt München hat es auf bis zu 10 Milliarden Euro beziffert –, es gibt aber keine Aussagen dazu, wie das Projekt überhaupt finanziert werden soll, insbesondere dann, wenn die Nutzen-Kosten-Untersuchung schlecht ausfällt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier sind doch sehr viel Halbwissen und Behauptungen im Umlauf. Herr Kollege Martin Hagen hat heute Morgen dargelegt, wie das die Regierungsfraktionen am liebsten machen. Die Sprecherin der Fraktion Die Grünen – Rosa Liste" fordert Bundesverkehrsminister Wissing auf, nun seine Hausaufgaben zu machen, was auch immer das heißen mag. Es ist auch zu lesen, dass man in München auf eine Förderzusage wartet. Dazu muss ich klipp und klar sagen: Die Zeiten unseriöser Verkehrspolitik sind seit dem Abgang von Andi Scheuer einfach vorbei.

(Beifall bei der FDP – Thomas Huber (CSU): Nicht die alte Leier!)

Die Zeiten, in denen Zusagen am Stammtisch gegeben wurden ohne eine seriöse Prüfung, sind vorbei. Wie soll eine Förderung aber bewilligt werden, wenn noch nicht einmal ein Antrag auf Förderung gestellt wurde? Und hier kommen wir zu den Hausaufgaben. Die Hausaufgaben liegen nämlich bei der Bayerischen Staatsregierung. Herr Staatsminister Bernreiter, Sie haben es entweder verbummelt oder Sie wollen es einfach nicht zugeben, dass noch mehr Mittel nach München fließen werden und müssen. Vielleicht kann der Herr Minister uns das Ganze gleich erklären und auch darlegen, wie der Ablauf eigentlich möglich wäre.

(Matthias Fischbach (FDP): Da bin ich aber gespannt!)

Ich frage mich halt, Herr Bernreiter: Was haben Sie und Ihre Vorgänger in den letzten Jahren gemacht? Hat Ihnen das Herr Söder nicht erlaubt, weil er Bundeskanzler werden wollte? Sie haben jetzt eine zaghafte Zusage gemacht, haben gesagt, man könnte – Haushaltsmittel vorbehalten – eine Zusage für 10 % machen. Ich frage mich schon, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie blauäugig man eigentlich sein muss, wenn man hier mit milliardenteuren Infrastrukturprojekten so umgeht. Die Antwort wird uns der Herr Minister sicher gleich geben. Ich habe hier ein klares Déjà-vu wie bei der zweiten Stammstrecke, Herr Bernreiter. Auch da haben Sie uns schon ein Milliardenloch serviert.

Damit das hier eben nicht passiert, haben wir Ihnen nun diesen Antrag vorgelegt. Die Landeshauptstadt München muss jetzt ihre wesentlichen Eckpunkte abgeben, die Gesamtkostenschätzung. Dann ist das aber für das GVFG – Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz – anzumelden, Herr Staatsminister. Das ist Ihre Aufgabe. Eigentlich müssen Sie das nur in § 6 Absatz 1 des GVFG nachlesen, was Sie machen müssen. Da steht das nämlich. In Berlin kann seriöserweise gar nichts geprüft werden, wenn Sie das nicht anmelden. Sie müssen Ihre Hausaufgaben machen und sollten hier nicht ständig ablenken, wie wir das schon gewohnt sind, indem Sie sagen, der Bund soll alles machen. – Was Sie machen, das ist meckern und mosern, anstatt Ihrer Verant-

wortung gerecht zu werden. Der Bund ist da nicht der Aufgabenträger und auch nicht der Projektverantwortliche.

(Beifall bei der FDP)

Um es vorwegzunehmen, Herr Staatsminister, Sie werden sicher gleich sagen: Der Bund muss etwas machen. – Der Bund hat es schon gemacht, was Sie gerne hören wollen. Der Parlamentarische Staatssekretär Michael Theurer hat dem Oberbürgermeister der Stadt München bereits im September mitgeteilt, dass bis zu 75 % der förderfähigen Kosten übernommen werden, so wie es ganz normaler Brauch ist. Es kann weiter nichts gemacht werden, wenn Sie nicht endlich in die Puschen kommen und das Projekt für das GVFG anmelden. Sie werden uns das sicher gleich erklären. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag, damit wir Sie auch vom Parlament aus dazu auffordern. Das machen die Regierungsfraktionen ja gerne. Dann können Sie nämlich auch die Verantwortung übernehmen.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Bevor wir zum nächsten Redner kommen, gebe ich jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Christian Flisek und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Dramatische Zustände in Bayerns Kliniken und Kinderkliniken verhindern, Notfallversorgung sicherstellen!" auf Drucksache 18/25381: Mit Ja haben 26 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 100 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: 31. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Jochen Kohler für die CSU-Fraktion das Wort. Sie sehen, er steht schon am Rednerpult.

Jochen Kohler (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landeshauptstadt München ist, wie bekannt, Aufgabenträger des allgemeinen ÖPNV und somit auch für den geplanten Neubau der U9 – Entlastungsspange – zuständig. Die Staatsregierung begleitet das Projekt natürlich. Herr Staatsminister Bernreiter ist dafür bereits mit dem Münchner Oberbürgermeister im Gespräch.

Eines ist auch klar: Eine Förderung nach dem GVFG, also nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, ist erst möglich, wenn die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme durch eine NKU, eine Nutzen-Kosten-Analyse, nachgewiesen wird. Die Beauftragung der NKU ist nicht Aufgabe des Landtags oder der Staatsregierung, sondern des Vorhabenträgers, in diesem Fall also der Landeshauptstadt München.

Aufgabe des Bauministeriums wird es sein, das Projekt baldmöglichst beim Bund anzumelden. Ich bin sicher, dass Herr Minister Bernreiter bzw. das Staatsministerium dieser Aufgabe auch nachkommt. Voraussetzung dafür ist aber – und das sage ich als Bauingenieur und auch als ehemaliger Leiter des Nürnberger U-Bahnneubaus –, dass die Eckpunkte des Projekts bekannt sind. Voraussetzung ist eben, dass es eine Gesamtkostenschätzung gibt, und Voraussetzung ist eben auch, dass die Aufteilung des Mittelabflusses für die nächsten Jahre bekannt ist. Ohne diese Voraussetzungen kann man keine Nutzen-Kosten-Untersuchung durchführen und folglich auch keinen Förderantrag gegenüber dem Freistaat stellen.

(Beifall bei der CSU)

Wir, die CSU, sind natürlich für die U9, aber die ist gerade noch in der Planungsphase. Wie wir gesehen haben, wurde dieses Vorhaltebauwerk unter dem Bahnhof gestern im Münchner Stadtrat erst angesprochen. Erst muss die Landeshauptstadt München ihre Hausaufgaben machen. Zur Überschrift des Dringlichkeitsantrags "die Weichen richtig stellen", kann ich nur sagen, beim Landtag und beim Freistaat sind die Weichen richtig gestellt. Jetzt ist die Landeshauptstadt München am Zug, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Wortmeldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Hierzu erteile ich Herrn Kollegen Sebastian Körber für die FDP-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Körber.

Sebastian Körber (FDP): Herr Kollege Kohler, Sie haben eigentlich gerade das Verfahren wiedergegeben, so wie ich das auch gesagt habe. Das ist ja auch völlig zweifelsfrei. Wenn man sich das so anschaut, ist es richtig, Ihr Herr Staatsminister steht offenkundig in Korrespondenz mit dem Herrn Oberbürgermeister. Ich frage mich allerdings: Wer hat in den letzten Monaten und Jahren was nicht gemacht? Vielleicht können Sie da ein bisschen Licht ins Dunkel bringen. War das eher der Herr Oberbürgermeister, oder war das eher der Herr Staatsminister, der das nicht angemeldet hat? Der Herr Staatsminister hat öffentlichkeitswirksam erklärt, dass er das ganze Projekt unterstützt.

(Alexander König (CSU): Da muss er entweder eine Schriftliche Anfrage machen oder den Herrn Oberbürgermeister fragen!)

Das finden wir ja gut. Als Staatsminister müsste er dann aber doch sagen: Mensch, kommt mal in die Puschen, macht mal etwas.

(Alexander König (CSU): Das muss man über eine Schriftliche Anfrage klären!)

Warum hat er das in den letzten Monaten und Jahren nicht gemacht?

Jochen Kohler (CSU): Sie erwarten jetzt von mir eine Antwort auf die Frage, wer vom Ministerium oder ob der Oberbürgermeister der Stadt München nicht reagiert hat? – Da würde ich sagen, entweder Sie machen eine Anfrage zum Plenum oder Sie fragen den Staatsminister selber.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Stephanie Schuhknecht. Sie haben das Wort.

Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Herr Präsident! Die U9 ist das nächste große Megaprojekt zum ÖPNV-Ausbau in München. Die Kosten – wir haben es gerade gehört – werden momentan auf 4 Milliarden Euro geschätzt, manche rechnen sogar mit 10 Milliarden Euro oder mehr. Klar ist, eine Stadt allein kann so viel Geld nicht bezahlen, auch nicht die Landeshauptstadt München. Klar ist aber auch, warum es die U9 überhaupt braucht: Die U9 wird gebraucht, um den Hauptbahnhof München nach Fertigstellung der zweiten Stammstrecke zu entlasten. Die neue Stammstrecke wird den Hauptbahnhof – so viel weiß man heute schon – völlig überfordern. Die zweite Stammstrecke aber haben Sie, die CSU, durchgeboxt. Es ist Ihr CSU-Prestigeprojekt, unter dem viele andere Projekte in Bayern leiden werden. Davon bin ich überzeugt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Huber (CSU): Es ist notwendig für die Region!)

Wenn Sie Ihre Stammstrecke auch nach der Kostenexplosion weiterhin durchziehen wollen, dann müssen Sie jetzt für die U9 eine Finanzierung auf die Beine stellen.Sie können die Stadt jetzt nicht alleine im Regen stehenlassen. Die Stadt braucht Klarheit, ob Sie bei der Finanzierung dafür geradestehen oder eben nicht. Eine Anmeldung zum GVFG-Bundesprogramm wird allerdings heute noch schwierig sein. Dafür braucht es, soweit wir wissen, genaue Pläne und Kostenberechnungen. Diese liegen noch nicht vor, und aus dem Grund werden wir uns heute enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Hans Friedl für die FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! "Die Staatsregierung muss bei der U9 die Weichen richtig stellen", so lautet der heutige Dringlichkeitsantrag der FDP. Für mich ist das ein klassisches Eigentor.

Sehr gut, richtig beobachtet, liebe Kollegin und liebe Kollegen von der FDP: München hat beschlossen, den Rohbau für den U-Bahnhof für eine potenziell geplante U9 am Hauptbahnhof errichten zu lassen. Unschön wäre es, wenn die eingeplanten mehr als 650 Millionen Euro dann ohne U-Bahn blieben. München hat nun den richtigen Schritt unternommen und das Vorhaltebauwerk auf den Weg gebracht. Später wäre dies nicht mehr möglich, wenn die Baumaßnahme für die zweite Stammstrecke vorangeschritten wäre – last minute, quasi.

Nun fordert die FDP, dass die Staatsregierung sofort alles unternimmt, um die U9 zu realisieren, obwohl die Finanzen der Landeshauptstadt es zum jetzigen Zeitpunkt kaum zulassen, die zehn Kilometer lange Strecken mit fünf neuen Bahnhöfen zu finanzieren. Aber gut, dafür gibt es ja das Vehikel des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes. In der Schule würde man nun sagen: Unterstreiche das Wort "Gemeinde" und diskutiere darüber.

OB Reiter wünscht sich Signale aus Berlin, die FDP Signale von der Staatsregierung, und ja, Minister Wissing könnte, wie man heute so schön sagt, proaktiv auf die anderen Akteure zugehen. Vielleicht haben wir in Bayern ja nicht die richtigen Antennen für die Signale aus Berlin.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Denn diese Signale würden ja bedeuten, dass die Förderung nicht am Kosten-Nutzen-Faktor von 1,0 scheitert. Die 1,0 hängt über vielen ÖPNV-Projekten wie ein Damoklesschwert. Wenn die Förderung des Bundes zugesagt ist, wird der Freistaat, wie bereits angekündigt, seinen Anteil beisteuern. Darauf können sich die Bürger verlassen, haben sich die Bürger immer verlassen können.

Aber kommen wir noch auf den letzten Satz zurück, der im Antrag formuliert ist: "gemeinsam mit der Landeshauptstadt" ist die wichtige Formulierung. Gemeinsam! Nun muss die Landeshauptstadt für sich entscheiden, wann sie den Weg auch vor dem Hintergrund der Warnungen aus der Stadtkämmerei beschreiten will. Lassen Sie mich im Bild bleiben: Wenn sich alle gemeinsam auf den Weg machen, wird man sich treffen; denn gemeinsam geht es besser. Unter den heutigen Umständen kann man den eingebrachten Antrag nur ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Wortmeldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Hierzu erteile ich dem Kollegen Sebastian Körber, FDP-Fraktion, das Wort.

Sebastian Körber (FDP): Herr Kollege Friedl, vielleicht haben Sie es nicht verstanden oder verstehen wollen. Ohne etwas zu unterstreichen, kann ich Ihnen nur noch mal sagen: Lesen Sie doch mal § 6 Absatz 1 des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes nach: Projekte werden gemäß einem standardisierten Kosten-Nutzen-Verhältnis angemeldet. Das wird dann dort berechnet, damit man die Projekte eben vergleichen kann. Die Anmeldung erfolgt immer über die Staatsregierung, und dann kann es überhaupt vom Bund beurteilt werden.

Wie die Finanzierungsquote ist, ist ja bereits geregelt. Das haben Sie anscheinend noch nicht mitbekommen. Das hat Herr Staatssekretär Theurer mitgeteilt, und auch Ihr eigener Staatsminister hat bereits den Landesanteil dargelegt.

Es geht darum, dass noch nicht mal der Arbeitsweg abgearbeitet worden ist. Da liegt der Ball aktuell bei der Staatsregierung, das endlich beizubringen. Ob das die Stadt München verschläft oder der Herr Staatsminister, das müssen wir noch ergründen. Oder sehen Sie das anders?

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Körber, geben Sie doch zu, dass Sie mit dem Dringlichkeitsantrag ein bisschen vorschnell waren und dass das heute ein klassisches Eigentor war, wie wir es heute Abend beim Deutschlandspiel hoffentlich nicht erleben werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zurufe: Oh! – Zuruf von den GRÜNEN: Völlige Ahnungslosigkeit bei größter Lautstärke!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Uli Henkel für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Uli Henkel (AfD): Herr Präsident, geschätzte Kollegen! Mit dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag soll die Staatsregierung aufgefordert werden, den Bau der Münchner U9 beim Gemeindeverkehrsfinanzierungs-Bundesprogramm anzumelden und in Abstimmung mit dem zuständigen Bundesministerium dann eine Nutzen-Kosten-Untersuchung zu initiieren. Die AfD-Fraktion stimmt dem Antrag zu.

Ja, so hätte ich meine Rede heute schon beenden können, wenn wir nicht aktuell bereits mit der zweiten Stammstrecke in München ein veritables Planungs-, Bau- und Kostendesaster erleben würden, welches nun in einem Untersuchungsausschuss aufgeklärt werden soll, bei welchem die Ampel-Opposition im Bayerischen Landtag – wen überrascht es? – die AfD gleich im Vorfeld auszugrenzen sucht.

Entsprechend verdient der heutige Dringlichkeitsantrag also höchste Aufmerksamkeit, wollen wir Berlin doch wohl nicht den Titel als Pleiten-, Pech- und Pannen-Hauptstadt streitig machen. Gestern erst hat der Münchner Stadtrat – das wurde gerade schon gesagt – final eine Vorhaltemaßnahme für die neue Haltestelle dieser U-Bahn am

Hauptbahnhof beschlossen – nur für die Geschichtsbücher übrigens: natürlich gegen die Stimmen der AfD-Vertreter im Münchner Stadtrat. Die geplante Linie 9 soll wohl so ab etwa 2038 als neue Diagonale zwischen Fröttmaning und dem Klinikum Großhadern die hoffentlich bis dahin dann endlich fertiggestellten beiden Stammstrecken zusätzlich entlasten.

563 Millionen Euro plus weitere 100 Millionen für die Planung lassen sich die Stadtväter diesen allerersten Schritt für das Großprojekt U9 jetzt schon mal ohne Zuschusszusage von Bund und Land kosten. Für den Bau der gesamten Röhre inklusive der vier weiteren Bahnhöfe wird seitens der Stadt aktuell mit rund vier Milliarden Euro gerechnet, wobei Modelle der Kämmerei bereits jetzt Kosten von bis zu zehn Milliarden Euro möglich erscheinen lassen.

Dass die Landeshauptstadt München solche Kosten alleine schultern könnte, darf unserer Meinung nach aber mit Sicherheit ausgeschlossen werden. Eingedenk der Tatsache – und da kommt jetzt der vorliegende Dringlichkeitsantrag ins Spiel –, dass seitens des Bundes bislang keinerlei Unterstützung für dieses Projekt in Aussicht gestellt wurde, muss man solches Agieren der Stadt München als hoch riskant bewerten. Auch wenn zu konzedieren ist, dass sicherlich Schadensersatzforderungen von rund 700 Millionen Euro seitens der Deutschen Bahn für den Fall, dass München jetzt kneifen würde, bei der gestrigen Entscheidung wohl eine große Rolle gespielt haben dürften.

Nun müssen jedenfalls rechtzeitig alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um ein weiteres Finanzierungsdebakel für München zu verhindern, und möglichst schnell entsprechende Zusagen in Berlin erwirkt werden. Ein Selbstläufer wird es jedoch nicht, denn gut schaut es nicht aus für eine Finanzierungsspritze seitens des Bundes. Für eine Förderung durch das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz müssten wohl erst einmal dessen Richtlinien angepasst werden, schreiben diese aktuell ja noch vor, dass ein förderungswürdiges Projekt einen Nutzen-Kosten-Faktor von 1,0 erreichen muss, was bei der U9 aller Voraussicht nach nicht der Fall sein dürfte.

Geschätzte Kollegen, ich weiß nicht, wie es Ihnen hier geht: Ich jedenfalls habe kein so richtig gutes Gefühl bei diesem Vorhaben U9, wenn es doch schon gleich wieder mit so vielen Problemen losgeht. Aber die Weichen scheinen gestellt. Also muss man jetzt versuchen, das Beste für München und für Bayern daraus zu machen.

In diesem sehr verhaltenen Sinne: Die AfD-Fraktion stimmt dem Antrag zu, und diesmal nun wirklich. – Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Nächster Redner ist der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Florian von Brunn. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident! Wir werden diesem Antrag auch zustimmen. Das Münchner öffentliche Verkehrssystem ist in Grundzügen 1972 entstanden, was U-Bahn und S-Bahn anbelangt. Inzwischen sind auf der U-Bahn jeden Tag 1,2 Millionen Menschen unterwegs; insgesamt werden damit fast 440 Millionen Menschen im Jahr befördert. Die U6 und die U3, die durch die U9 ergänzt und ersetzt werden sollen, sind die zentrale Verbindung des öffentlichen Verkehrs in Nord-Süd-Richtung. Angesichts der Verkehrsprobleme und der Tatsache, dass wir Klimaschutz machen wollen und müssen, ist es dringend notwendig, diese U-Bahn jetzt zu bauen.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, dass der Münchener Stadtrat und der Münchner Oberbürgermeister die Geschichte sehr transparent machen; das wird ganz offen im Stadtparlament, im Stadtrat, behandelt. Das unterscheidet uns in München auch vom Umgang der Staatsregierung mit der Stammstrecke, zumindest in den letzten Jahren. Dabei schließe ich Sie gar nicht ein, Herr Bernreiter; Sie bemühen sich jetzt ja offenbar darum, die Zahlen und

Fakten auf den Tisch zu legen. Zumindest sind wir guter Hoffnung, Sie mit Unterstützung des Untersuchungsausschusses dazu zu bringen.

Ich will eine Zahl nennen, weil hier gesagt wird, dass das teuer sei: Natürlich ist es teuer, aber allein die Klimaschäden der letzten vier Jahre belaufen sich in Deutschland auf 80 Milliarden Euro. Wenn man das zu dem ins Verhältnis setzt, was wir jetzt in diese neue wichtige U-Bahn investieren, lohnt sich dieses Projekt, bei allen finanziellen Risiken, die damit verbunden sind. Wir werden dem Antrag der FDP zustimmen, weil wir ihn als politisches Signal dafür auffassen, dass diese U-Bahn möglichst schnell gebaut wird. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Staatsregierung spricht jetzt noch der Herr Staatsminister Christian Bernreiter. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten! Gern sage ich ein paar Worte zu diesem Dringlichkeitsantrag. Herr Körber, Sie wirken wie der verlängerte Arm des Bundesverkehrsministeriums; das wirkt irgendwie ziemlich nervös, wenn mir gestattet ist, das zu sagen.

(Beifall bei der CSU)

Die gestrige Entscheidung des Münchner Stadtrats für die Vorhaltemaßnahmen zur U9 ist ein sehr gutes Signal für den ÖPNV in München. Der Rohbau für den künftigen U-Bahn-Halt am Hauptbahnhof wird errichtet. Ich begrüße diese Zukunftsentscheidung und danke dem Oberbürgermeister und dem Stadtrat, all denjenigen, die zugstimmt haben, für ihren Einsatz. Die breite Mehrheitsentscheidung zeigt, dass sich die Stadt München ihrer Verantwortung für einen zukunftsfähigen ÖPNV bewusst ist.

Die Landeshauptstadt ist als Aufgabenträgerin des allgemeinen ÖPNV für den Neubau zuständig. Die U9 ist ein Projekt der Stadt. Wir lassen München hier aber nicht alleine, sondern begleiten den Prozess schon jetzt und unterstützen dabei das Bestreben, die Förderung durch den Bund zu erhalten. Wir sind auch bereit – wir haben das zum Ausdruck gebracht –, selbst zu fördern. Ich habe den Herrn Oberbürgermeister informiert, dass eine Komplementärförderung nach dem Bayerischen Finanzausgleichsgesetz in der üblichen Höhe von 10 % möglich ist. Dafür muss der Bund das Vorhaben aber als förderfähig nach dem GVFG des Bundes anerkennen.

Das Projekt befindet sich in der frühen Planungsphase und startet voraussichtlich erst Mitte der 2030er-Jahre. Darum ist zunächst nur eine Anmeldung in der sogenannten Kategorie C für das Bundesprogramm 2023 bis 2027 möglich. Für die Anmeldung zum Bundesförderprogramm brauchen wir von der Stadt München bis Januar oder Februar 2023 grobe Eckpunkte. Dazu gehören die Gesamtkostenschätzung und die voraussichtliche Aufteilung des Mittelabflusses auf die einzelnen Jahre. Die Stadt München hat erste Ergebnisse einer Standardisierten Bewertung nach dem Verfahren 2016+ zum Jahresende angekündigt.

Für die Programmanmeldung brauchen wir die Nutzen-Kosten-Untersuchung noch nicht. Damit Mittel aus dem GVFG des Bundes fließen können, muss die Landeshauptstadt die Planungen weiter vorantreiben. Dazu gehört der Nachweis der Wirtschaftlichkeit durch die Stadt als Vorhabenträgerin. Selbstverständlich werden wir auch dabei unterstützen, damit ein auskömmliches Nutzen-Kosten-Verhältnis erreicht wird bzw. hilfsweise – das ist auch geregelt – eine Bundesförderung nach dem sogenannten Tragfähigkeitsprinzip möglich ist.

Wenn alle Unterlagen vorliegen, werden wir uns mit der Stadt München beim Bund dafür einsetzen, dass die U9 in das GVFG-Programm des Bundes aufgenommen wird. Ich appelliere an den Bund, die Anmeldung dann auch zu unterstützen; wir brauchen dieses wichtige Signal für das Projekt. Die nächste Anmeldemöglichkeit ist bereits im Februar. Wir haben der Landeshauptstadt München die notwendigen Schritte aufge-

zeigt. Wir werden den Prozess weiterhin beratend begleiten und unterstützen. Unser Ziel ist ein attraktiver und zukunftsfähiger ÖPNV in Bayern.

Mit der Zustimmung der Stadt München zu den Vorhaltemaßnahmen ist für mich eine zentrale Frage insgesamt geklärt: Wir kommen jetzt bei der Stammstrecke deutlich voran, wir werden gemeinsam anschieben. Ich hoffe dabei auch auf Ihre Unterstützung. Der Dringlichkeitsantrag ist abzulehnen; wir sind schon auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, es liegt eine Wortmeldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Hierzu erteile ich dem Kollegen Sebastian Körber, FDP-Fraktion, das Wort.

Sebastian Körber (FDP): Vielen Dank. – Herr Staatsminister, Sie haben wie immer – aber das sind wir ja mittlerweile von Ihnen gewohnt – gefordert, dass der Bund irgendetwas machen muss. Vielleicht haben Sie es selbst nicht verstanden; Sie haben ein halbes Dutzend Mitarbeiter hinter sich sitzen. § 6 Absatz 1 des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes legt ganz klar dar, dass Sie es anmelden müssen. Da frage ich mich schon, welche Kenntnisse Sie über vorläufige Kosten-Nutzen-Verhältnisse und -Faktoren haben. Warum reagieren Sie erst jetzt? Das Vorhaltebauwerk und die U9 sind kein Thema von gestern, sondern es ist schon ein paar Jahre alt.

Sie kündigen etwas an, was Sie tun, und haben die letzten Jahre nichts gemacht. Daher noch einmal die Nachfrage: Warum melden Sie es denn nicht an? Warum hat das so lange gedauert? Sind Sie sich dessen bewusst, dass Sie es anmelden müssen? Gibt es irgendetwas zum Kosten-Nutzen-Faktor zu sagen, oder lassen Sie das wie bei der Stammstrecke in keiner Weise begleiten und schauen einfach mal wieder weg?

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Ich glaube, Sie haben nicht aufgepasst. In meiner Rede ist alles ausgeführt worden. Sie können es gerne nachlesen; ich wiederhole es jetzt nicht.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/25382 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion sowie Teile der AfD-Fraktion.

(Zuruf: Die SPD stimmt zu!)

– Ich frage noch einmal: Wer seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich noch einmal um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion und Teile der AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU-Fraktion sowie die Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos). Stimmenthaltungen! – Bei Stimmenthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und dem Abgeordneten Klingen (fraktionslos). Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.